

INFORMATIONEN

20. IV. 1980
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1980 – März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Situation der Bundesrepublik am Jahresanfang 1980 ist noch immer relativ günstig, obwohl der 1978 und 1979 zu registrierende Aufschwung seinen Höhepunkt überschritten hat. Produktion und Auftragseingänge der Industrie nehmen saisonbereinigt seit der Jahresmitte 1979 nicht mehr zu, bewegen sich aber auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Die in die zweite Jahreshälfte 1979 fallende konjunkturelle Wende geht vorwiegend von der Verlangsamung in der Entwicklung des privaten Verbrauchs aus. Schon seit März 1979 geht der Auslastungsgrad der Kapazitäten in der Konsumgüterindustrie leicht zurück, die Umsätze des Einzelhandels waren in der zweiten Jahreshälfte real kaum noch höher als in der vergleichbaren Vorjahreszeit.

Von großer Bedeutung für die Gesamtkonjunktur ist dabei die Abschwächung in der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft, die die eigentlich tragenden Branchen des Aufschwungs gewesen waren. In der Automobilindustrie wird für 1980 ein kräftiger Produktionsrückgang erwartet, in der Bauwirtschaft sind allerdings die Auftragsbestände gegenwärtig noch so hoch, daß Auswirkungen auf die Produktion erst im weiteren Jahresverlauf zu erwarten sind.

Gefördert werden die Tendenzen zur Verlangsamung der Konjunktur durch die staatliche Wirtschaftspolitik. Die Bundesbank hat erst jüngst wieder erklärt, daß die Abschwächungstendenzen für sie kein Grund seien, die Hochzinspolitik zu lockern: diese schadet vor allem der Bauwirtschaft und der mittelständischen Wirtschaft.

Auch die staatliche Haushaltspolitik ist wieder auf „Sparkurs“, die Planungen für 1980 lassen bestenfalls eine Stagnation der realen öffentlichen Nachfrage erwarten.

Stabilisierend auf die Konjunkturentwicklung wirkt bis jetzt der Export, allerdings zeigen sich auch hier inzwischen Verlangsamungstendenzen. Dies ist vor allem eine Folge der in eine neue Krise steuernden kapitalistischen Weltwirtschaft, wobei insbesondere für die USA und Großbritannien 1980 ein Produktionsrückgang erwartet wird. Nachdem die internationalen Konjunkturzyklen sich in den letzten Jahren etwas „entkoppelt“ hatten – die Rezession in den

USA hat schon im Frühjahr 1979 begonnen, als die BRD und Japan noch mitten im Aufschwung waren –, scheint nun wieder eine Tendenz zur Gleichläufigkeit, zur Synchronisation der Zyklen zu überwiegen.

Bis jetzt wird die konjunkturelle Entwicklung der BRD vor allem durch die Investitionstätigkeit gestützt. Erstmals seit 1969/70 ist es wieder zu einer Investitionsbelebung gekommen, die allerdings weiterhin von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen geprägt war. Die Erweiterungsinvestitionen bilden nur knapp ein Viertel der industriellen Kapitalbildung. Dies ist allerdings auch die Grundlage für die Erwartung, daß es 1980 zunächst zu keinem plötzlichen Einbruch der Investitionen und damit zu keiner tiefen Krise wie 1974/75 kommen wird.

Im weiteren Verlauf kann dies allerdings nicht völlig ausgeschlossen werden.

Die Preisentwicklung ist wieder zu einem großen Problem geworden. Die seit Ende 1978 national wie international beschleunigte Inflation führt zu einer Aushöhlung der Massenkaufkraft und damit zu einer Gefährdung der Gesamtkonjunktur als Folge der Verlangsamung des privaten Verbrauchs. International hat sie auch zu einer Aushöhlung der Einnahmen der rohstoffexportierenden Länder geführt, die sich seit Mitte 1979 durch Preiserhöhungen für Rohstoffe, insbesondere für Erdöl, dagegen wehren. Für die BRD z. B. waren erst die allerletzten Rohölpreiserhöhungen vom November 1979 und Januar/Februar 1980 mit Kostenerhöhungen verbunden – bis dahin hatte die Aufwertung der DM als eine Folge der inflationären Entwicklung in der kapitalistischen Weltwirtschaft die Wirkungen neutralisiert. Wenn nun die steigenden Rohstoffpreise für die beschleunigte Inflation in den kapitalistischen Ländern und damit auch für die neuen konjunkturellen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, so wird dieser Zusammenhang verkehrt: Die Quelle der Inflation und der „Stagnation“ ist die Profitwirtschaft der kapitalistischen Industrieländer und nicht die Preispolitik der rohstoffexportierenden Staaten.

Die Einkommensverteilung hat sich 1979 weiterhin zuungunsten der Löhne und Gehälter entwickelt und ist damit zu einer Ursache der Konjunkturverlangsamung geworden. Während vor allem das monopoli-

stische Kapital den Überfluß der Profite in Form von Finanz- und Auslandsinvestitionen anzulegen sucht, fehlen diese Mittel für die reale Nachfrage im Inland. Wenn die bisher vorliegenden Tarifabschlüsse in der BRD Schule machen, wird es auch 1980 zu keiner Verbesserung der Verteilungssituation kommen, so daß die Entwicklung der Löhne und Gehälter einen ganzen Konjunkturzyklus „verpaßt“ hat. Allein die Unternehmer haben einkommensmäßig vom Aufschwung profitiert.

Auch die Arbeitsmarktlage hat sich im Zuge der konjunkturellen Belebung nur wenig verbessert. Zum Jahresende 1979 zeigten sich bereits wieder erste Anzeichen einer erneuten Wende zum schlechteren. 1980 werden die Arbeitslosenzahlen wieder ansteigen, selbst wenn die Rezession sehr milde ausfallen sollte.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1979
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

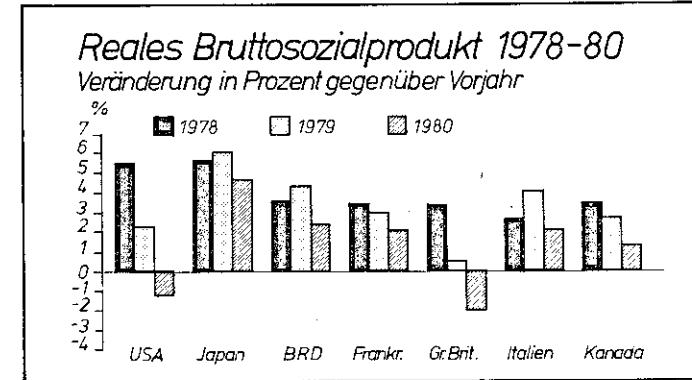
- 2.1 Unternehmertgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Einkommensverteilung
- 3.3 Steuern
- 3.4 Preise
- 3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1979

Im Jahre 1979 hat sich die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft erneut abgeschwächt: In der Gesamtheit der OECD-Länder hat sich das Expansionstempo des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen von 3,9 Prozent 1978 auf 3,2 Prozent verlangsamt. Wie aus der Grafik hervorgeht, war die Konjunkturabschwächung in den USA und in Großbritannien besonders ausgeprägt. Für 1980 sieht die OECD für alle großen entwickelten kapitalistischen Länder eine deutliche Stagnationstendenz voraus, die für die USA und Großbritannien sogar in einen Wachstumseinbruch von 1,2 bzw. 2,0 Prozent einmünden soll. Ende November 1979 prognostizierte die OECD, eine Organisation von 24 kapitalistischen Industrieländern, für die Gesamtheit der Mitgliedsländer für 1980 eine Zunahme des realen BSP um 1 Prozent; im Februar 1980 revidierte sie die Schätzung nach unten, und zwar auf 0 Prozent, d.h. Stagnation.



Den bürgerlichen Experten zufolge ist der neue Rückschlag 1979/80 eine Konsequenz des Ölshocks; dabei wird geflissentlich übersehen, daß die restriktive Geld- und Haushaltspolitik, die seit Sommer 1978 in fast allen kapitalistischen Ländern betrieben wird, eine wesentliche Ursache für die beschleunigte Abkühlung der Wirtschaftstätigkeit ist.

Die enttäuschende Entwicklung in den größten kapitalistischen Industrieländern seit 1974 ist im entscheidendem Maße auf die einschneidenden Veränderungen im Verlauf der Unternehmensinvestitionen zurückzuführen: die Bruttokapitalbildung bei den Unternehmen der sieben größten kapitalistischen Länder ist abrupt von einer jährlichen Zuwachsrate von 7 Prozent zwischen 1960 und 1973 auf 0,3 Prozent zwischen 1974 und 1978 gefallen. An dieser Grundtendenz ändert auch die Investitionsbelebung des letzten Jahres in einigen Ländern nichts.

Veränderung der Industrieproduktion 1978-79 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979 ¹				
	1978	Jahr ²	1. VJ.	2. VJ.	3. VJ.
USA	5,7	4,0	8,1	4,7	2,9
Japan	6,1	8,0	7,2	7,9	8,8
BRD	2,2	5,6	4,5	5,4	5,3
Frankreich	2,7	3,5	3,6	1,8	5,0
Großbritannien	2,8	3,5	3,7	6,3	1,8
Italien	2,0	6,0	7,4	4,8	5,3
Kanada	5,8	6,0	7,3	4,5	5,1

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

² Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Industrieproduktion ist 1979 in allen großen kapitalistischen Ländern außer den USA stärker gestiegen als im Vorjahr: im Verlauf des Jahres zeigen die Zuwachsrate nur in den USA eine eindeutige Tendenz, wo die Industrieexpansion im letzten Quartal zum Stillstand gekommen ist; eine Dämpfung des Trends ist auch in Großbritannien und Frankreich zu beobachten. Für 1980 sieht die OECD gegenüber dem Vorjahr eine Halbierung des Wachstumstempos der Industrieproduktion für die vier größten westeuropäischen Länder voraus.

Im 2. Halbjahr 1979 hat die Arbeitslosigkeit in fast allen großen kapitalistischen Ländern wieder zugenommen: in den USA, wo sie seit 1976 fast kontinuierlich zurückgegangen war, ist die Zahl der Arbeitslosen

erneut auf über sechs Millionen gestiegen. Für die Gesamtheit ihrer Mitgliedsländer prognostiziert die OECD eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen von 17 Millionen 1979 auf 20 Millionen im laufenden Jahr. Vor diesem Hintergrund versuchen die bürgerlichen Experten, das Problem der Arbeitslosigkeit zu verharmlosen: so verstieg sich der frühere US-Notenbankgouverneur Arthur Burns auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds im letzten Herbst in Belgrad zu der Behauptung, daß die Vollbeschäftigung in den USA unter den heutigen Arbeitsbedingungen bei einer Arbeitslosenquote von 5,5-6 Prozent und nicht etwa bei 4 Prozent erreicht sei; das entspricht einem Heer von rund sechs Millionen Arbeitslosen. Die „FAZ“ geht so weit, gegen eine Politik zur Erreichung einer echten Vollbeschäftigung zu polemieren, da dies die Inflation weiter anheizen würde: „Nur wird es für ‚Vollbeschäftigung‘ nie einen objektiven Richtwert geben. Legte man ganz strenge Maßstäbe an, dann dürfte überhaupt keiner ohne Arbeit sein, der arbeitswillig und zugleich auch arbeitsfähig ist. Auf keinen Fall dürfen uns jedoch Arbeitslosenquoten zwischen ein und zwei Prozent, wie sie früher einmal üblich und dann Zeichen einer Überbeschäftigung waren, als Richtschnur für weitere konjunkturpolitische Maßnahmen dienen.“ (Vgl. Was heißt Vollbeschäftigung? in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. 10. 1979.)

Arbeitslosigkeit 1977-1979 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1977	1978 ¹		1979 ²	
		Jahr	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
USA	6856	6047	6104	5968	5879
Japan	2200	2500	2200	2550	2300
BRD	1030	993	1006	974	898
Frankreich	1073	1167	1100	1229	1327
Großbritannien	1378	1376	1402	1351	1286
Italien	1545	1571	1560	1581	1686
Kanada	850	911	911	869	830
Zusammen	14932	14565	14283	14564	14245

¹ Saisonbereinigte Angaben für Halbjahre

² Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

In fast allen kapitalistischen Ländern hat sich die Inflation im Vorjahr stark beschleunigt. Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Industrieholzstoffe sind erneut in die Höhe geschnellt: bis zum 3. Quartal sind die Preise der Industrieholzstoffe schneller gestiegen als die der Brenn- und Treibstoffe, so daß es nicht zulässig ist, nur die Erdöländer für die Zuspitzung der Inflation verantwortlich zu machen. Es ist in der Tat merkwürdig, daß Großbritannien als erdölexportierendes Land eine der höchsten und schnellsten Teuerungsraten aufweist. Die bürgerlichen Kommentatoren sprechen auch von den verhängnisvollen Folgen des Nachfrageüberschangs in den entwickelten kapitalistischen Ländern; es kann jedoch heute von einem Druck der Nachfrage auf das Angebot keine Rede sein, wenn man bedenkt, daß in allen Ländern eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und die Industriekapazitäten deutlich unterausgelastet sind, so daß es durchaus möglich wäre, das Angebot kräftig zu erweitern.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1978-79 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979				
	1978	Jahr ¹	1. VJ.	2. VJ.	3. VJ.
USA	7,6	11,3	9,8	10,9	12,0
Japan	4,2	3,6	3,0	3,3	3,5
BRD	2,6	4,3	3,1	3,7	4,9
Frankreich	9,1	10,7	10,2	10,1	10,8
Großbritannien	9,0	13,2	9,3	10,3	16,0
Italien	12,4	15,7	13,4	14,5	15,7
Kanada	9,0	9,2	9,2	9,4	8,7

¹ Vorläufige Zahlen

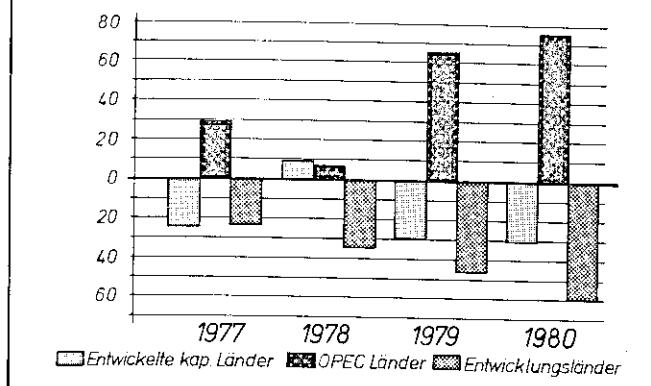
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Industrieproduktion ist 1979 in allen großen kapitalistischen Ländern außer den USA stärker gestiegen als im Vorjahr: im Verlauf des Jahres zeigen die Zuwachsrate nur in den USA eine eindeutige Tendenz, wo die Industrieexpansion im letzten Quartal zum Stillstand gekommen ist; eine Dämpfung des Trends ist auch in Großbritannien und Frankreich zu beobachten. Für 1980 sieht die OECD gegenüber dem Vorjahr eine Halbierung des Wachstumstempos der Industrieproduktion für die vier größten westeuropäischen Länder voraus.

Im 2. Halbjahr 1979 hat die Arbeitslosigkeit in fast allen großen kapitalistischen Ländern wieder zugenommen: in den USA, wo sie seit 1976 fast kontinuierlich zurückgegangen war, ist die Zahl der Arbeitslosen

erneut auf über sechs Millionen gestiegen. Für die Gesamtheit ihrer Mitgliedsländer prognostiziert die OECD eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen von 17 Millionen 1979 auf 20 Millionen im laufenden Jahr. Vor diesem Hintergrund versuchen die bürgerlichen Experten, das Problem der Arbeitslosigkeit zu verharmlosen: so verstieg sich der frühere US-Notenbankgouverneur Arthur Burns auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds im letzten Herbst in Belgrad zu der Behauptung, daß die Vollbeschäftigung in den USA unter den heutigen Arbeitsbedingungen bei einer Arbeitslosenquote von 5,5-6 Prozent und nicht etwa bei 4 Prozent erreicht sei; das entspricht einem Heer von rund sechs Millionen Arbeitslosen. Die „FAZ“ geht so weit, gegen eine Politik zur Erreichung einer echten Vollbeschäftigung zu polemieren, da dies die Inflation weiter anheizen würde: „Nur wird es für ‚Vollbeschäftigung‘ nie einen objektiven Richtwert geben. Legte man ganz strenge Maßstäbe an, dann dürfte überhaupt keiner ohne Arbeit sein, der arbeitswillig und zugleich auch arbeitsfähig ist. Auf keinen Fall dürfen uns jedoch Arbeitslosenquoten zwischen ein und zwei Prozent, wie sie früher einmal üblich und dann Zeichen einer Überbeschäftigung waren, als Richtschnur für weitere konjunkturpolitische Maßnahmen dienen.“ (Vgl. Was heißt Vollbeschäftigung? in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. 10. 1979.)

Salden der Leistungsbilanz in Milliarden Dollar



Innerhalb der größten kapitalistischen Länder ist es 1979 zu einer Veränderung der Ungleichgewichte gekommen: das Defizit in der Leistungsbilanz der USA ist zurückgegangen, während die starke Überschüsseposition Japans und der BRD in ein Defizit umgeschlagen ist.

Auf den internationalen Geldmärkten hat die Entwicklung des Goldpreises 1979 und Anfang 1980 Schlagzeilen gemacht: Das Gold, das 1978 noch unter 200 Dollar pro Unze gehandelt wurde, hat Anfang dieses Jahres einen Preis von über 700 Dollar erreicht. Eine bedeutende Rolle spielt dabei gewiß die düstere weltpolitische Lage mit dem Versuch Carters, zu einer Wiederauflage des kalten Krieges zu gelangen, aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß die durch Großbanken verschiedener kapitalistischer Länder gespeiste Spekulation auch die „kleinen“ Sparer ermutigt, sich in Goldgeschäften zu engagieren.

Auch auf dem Währungsmarkt hat es nicht an Merkwürdigkeiten gefehlt: so ist der Wechselkurs des japanischen Yen zwischen Ende 1978 und Ende 1979 nicht nur gegenüber den heutigen starken Währungen wie der DM und dem Schweizer Franken, sondern auch gegenüber dem US-Dollar und dem Pfund Sterling um etwa 20 Prozent gefallen.

Diese Entwicklung des Yen ist ein erneuter Beweis dafür, daß die kurzfristigen Fluktuationen der Wechselkurse nicht auf die zugrundeliegenden Wirtschaftsgrößen wie Produktion, Inflation oder Außenhandel zurückzuführen sind: zwar ist der Außenhandelsüberschuß Japans spürbar zurückgegangen, aber dieselbe Entwicklung ist auch in der BRD und der Schweiz zu verzeichnen, während das starke Defizit der USA nur leicht abgenommen hat; was die Preisentwicklung anbelangt, ist die Lage Japans heute besser als in fast allen kapitalistischen Ländern.

1.2 Sozialprodukt

Das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo hat sich 1979 in der Bundesrepublik erneut beschleunigt. Das Bruttosozialprodukt (BSP) hat preisbereinigt um – nach vorläufigen Berechnungsergebnissen – 4,4 Prozent zugenommen.

Bruttosozialprodukt 1979

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	In Preisen von 1970 Mrd. DM
	In % ¹	In % ¹
Bruttosozialprodukt	1394	+ 8,3
Privater Verbrauch	758	+ 7,1
Staatsverbrauch	277	+ 7,7
Anlageinvestitionen	319	+15,2
Ausfuhr	385	+10,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/80, S. 13)

same Expansion der Jahre 1977 und 1978 überwunden. Auch im zweiten Halbjahr 1979 lag die industrielle Produktion um etwa 6 Prozent über dem Vorjahr.

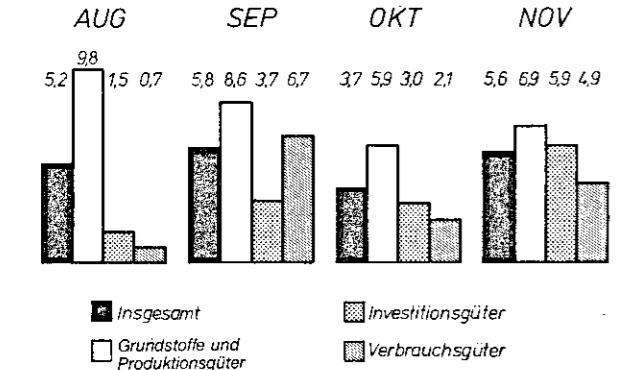
Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	+5,2	+5,8	+3,7	+5,1	+9,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	+9,8	+8,1	+5,9	+5,9	+13,1
Investitionsgüter	+1,5	+3,1	+3,0	+6,4	+7,9
Verbrauchsgüter	+0,7	+6,4	+2,1	+3,4	+10,6

1. 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/80, S. 65*)

Nettoindustrieproduktion 1979

Veränderung in % gegenüber Vorjahr



Allerdings ist seit Mitte 1979 saisonbedingt kaum noch ein Zuwachs gegenüber den Vormonaten zu verzeichnen. Bei Schwankungen von Monat zu Monat liegt das Niveau der industriellen Erzeugung am Jahresende 1979 nicht mehr über dem Stand der Jahresmitte. Im Laufe des Jahres haben sich die anfangs noch bedeutenden Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen großen Wirtschaftszweige verringert.

Der Dezember bildet insofern eine Ausnahme, als im gleichen Vorjahrssmonat die Produktion infolge von Streiks stark zurückgegangen war, die Zunahme nun also überholt erscheinen muß.

Besonders günstig hat sich der Grundstoffbereich entwickelt. Darin schlägt sich zumindest teilweise die oben erwähnte starke Ausweitung der Vorratsbestände nieder.

Die **eisenschaffende Industrie** hat die Krise der Vorjahre weitgehend überwunden, ohne daß allerdings von einem grundlegenden Wandel der Situation gesprochen werden kann. Die Stahlerzeugung lag mit etwa 46 Millionen Tonnen 1979 um 10 Prozent über dem Vorjahresstand, erreichte aber bei weitem nicht den Höchststand von 1974, als 53 Millionen Tonnen hergestellt wurden. Für 1980 wird schon wieder mit einer Stagnation der Produktion gerechnet.

Die **chemische Industrie** hat ihre Produktion 1979 um etwa 6 Prozent und damit nicht übermäßig stark ausgeweitet. Der Umsatz ist allerdings um 16 Prozent gestiegen, eine Folge der Preisanhebungen. Für 1980 wird mit einer Verlangsamung des Produktionszuwachses gerechnet, die sich schon am Jahresende 1979 abzeichnete.

Der **Maschinenbau**, der als Ausdruck der allgemeinen Investitionsschwäche lange Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, konnte 1979 erstmals wieder die Produktion mit rund 5 Prozent kräftig ausweiten. Für 1980 wird mit einer Verlangsamung gerechnet, allerdings wirkt sich die relativ starke Investitionstätigkeit noch positiv aus.

Der **Straßenfahrzeugbau** hat dagegen seinen Produktionshöhepunkt in der zweiten Jahreshälfte 1979 erreicht. Zwar ist auf das ganze Jahr bezogen noch eine Produktionszunahme um etwa 8 Prozent zu registrieren, dies ist aber fast ausschließlich auf die Entwicklung im ersten Halbjahr zurückzuführen. Die Zulassungsziffern waren erstmals seit der Krise 1973/74 wieder leicht rückläufig, sie lagen 1979 um 0,4 Prozent unter dem Vorjahresstand, gegen Jahresende belief sich der Ab-

stand auf mehr als 10 Prozent. Für 1980 wird mit einem kräftigen Rückgang der Produktion um 7 bis 8 Prozent gerechnet.

Gespalten ist die Konjunktur in der **Elektroindustrie**. Während im Investitionsgüterbereich noch Auftriebskräfte vorherrschen – allerdings bei einer Tendenz zur Verlangsamung –, hat sich der Gebrauchsgüterbereich vom Einbruch der ersten Jahreshälfte 1979 nicht mehr erholt. Für 1980 bleiben die Erwartungen pessimistisch.

Die **Textilindustrie** konnte sich zwar von den langen Krisenjahren nach 1974/75 etwas erholen, der Produktionszuwachs 1979 von rund 4 Prozent reichte jedoch nicht aus, um die Branche entscheidend zu stabilisieren. Für 1980 sind keine wesentlichen Produktionszuwächse zu erwarten. Die verhaltene Entwicklung der privaten Nachfrage wird sich auch hier ungünstig auswirken. Noch etwas ungünstiger ist die Situation im **Bekleidungsgewerbe**, dort wurde die Stagnation auch 1979 noch nicht überwunden.

Kräftig expandiert hat die Erzeugung im **Baugewerbe**, die schon 1978 um etwa 8 Prozent zugenommen hatte. 1979 dürfte der Zuwachs ähnlich stark gewesen sein. Allerdings zeigt der seit der Jahresmitte rückläufige Umfang der Baugenehmigungen, daß eine Wende in der Bauwirtschaft bevorsteht. Vor allem im Wohnungsbau und noch stärker im öffentlichen Bau sind starke Einbrüche zu verzeichnen, während die Situation im gewerblichen Bau als Folge der verbesserten Investitionstätigkeit noch relativ günstig ist.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	August	Sept.	Okt.	Nov. ²	Dez. ²
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 5,2	+ 5,8	+3,7	+ 5,6	+ 9,5
Eisenschaffende Industrie	+16,0	+ 8,3	+7,5	+ 7,7	-
Chemische Industrie	+ 5,3	+ 5,8	+3,2	+ 4,1	-
Maschinenbau	- 0,4	+ 1,5	+5,7	+ 7,9	+ 4,7
Straßenfahrzeugbau	+ 8,6	+ 1,7	-0,5	+ 3,8	+ 4,7
Elektrotechnik	- 3,7	+ 1,3	+3,2	+ 5,5	+12,2
EDV-Geräte	+ 7,1	+12,0	+2,3	+10,0	-
Textilgewerbe	- 8,2	+ 7,1	+5,5	+ 6,8	+14,0
Bekleidungsgewerbe	+ 7,6	+ 2,8	-3,5	- 2,1	-
Bauhauptgewerbe	+11,9	+10,6	+6,1	+ 6,8	+22,3

1. In % gegenüber dem Vorjahr

2. Vorläufige Ziffern
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 1/80)

Deutlicher als die Produktionsziffern deutet die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge darauf hin, daß der konjunkturelle Höhepunkt schon in der zweiten Jahreshälfte 1979 überschritten wurde. Allerdings ist das Niveau der Auftragseingänge noch wesentlich höher als in der vergleichbaren Vorjahreszeit.

Während die Auftragseingänge nominal im November/Dezember noch leicht über dem Stand von Juni/Juli 1979 lagen, waren sie real, d. h. volumenmäßig, geringer.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (2)
August	+ 8,4	+3,3	+15,9	+7,4
Sept.	+ 5,6	+0,5	+10,6	+2,5
Oktober	+14,5	+8,5	+18,6	+9,1
Nov. ²	+10,7	+4,7	+16,3	+6,9
Dez. ²	+ 7,3		+15,9	+ 0,6
				+15,3

(1) Zu jeweiligen Preisen

(2) Preisbereinigt

1. Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

2. Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Deutlich wird, daß die schon jetzt zu registrierende konjunkturelle Wende eindeutig von der Schwäche des privaten Verbrauchs ausgeht, Volumenmäßig übertrafen die Auftragseingänge in den Konsumgüterindustrien in der zweiten Jahreshälfte kaum noch den Vorjahresstand. Berücksichtigt man zudem noch die Auftragslage im PKW-Bereich, der als Teil des Straßenfahrzeugbaus in der Abgrenzung der Statistik zu

den Investitionsgüterindustrien gerechnet wird, so ist dieser Zusammenhang noch klarer.

Zwischen Inlands- und Auslandsauftragsentwicklung sind in den vergangenen Monaten keine ins Auge fallenden Entwicklungsunterschiede festzustellen. Deutlich ist allerdings, daß die Auslandsaufträge keine besondere expansive Wirkung mehr haben, d. h., der Export dürfte in der Zukunft seine konjunkturstabilisierende Wirkung einbüßen, ohne daß aber ausgesprochene Exportrücksläge zu erwarten wären.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+ 8,6	+16,2	+ 4,5	+ 6,2
September	+ 3,0	+11,0	- 0,4	0,0
Oktober	+11,0	+17,7	+10,1	+ 5,2
November ²	+ 9,9	+16,0	+ 6,9	+ 8,1
Dezember ²	+ 7,2	+14,1	+ 0,7	+14,8

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Ausland				
August	+ 6,8	+14,2	+ 2,9	+ 9,4
September	+11,7	+ 8,8	+15,1	+ 1,3
Oktober	+22,6	+20,2	+26,7	+ 9,9
November ²	+11,6	+16,4	+ 9,9	+ 9,0
Dezember ²	+ 6,2	+16,9	- 0,8	+18,0

1. Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr

2. Vorläufige Zahlen

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Insgesamt bieten Produktionsziffern und Auftragseingänge noch keinen Anlaß, eine wesentliche aktuelle Verschlechterung der Konjunkturlage zu registrieren. Die wirtschaftliche Situation ist insgesamt – gemessen an der Entwicklung seit der Krise 1974/75 – noch immer günstig, die Produktion bewegt sich auf einem hohen Niveau.

1.4 Investitionen

Nach langen Jahren einer Investitionsschwäche ist die Investitionstätigkeit 1979 wieder zur entscheidenden tragenden Kraft einer konjunkturellen Belebung geworden. Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß von einem Investitionsboom nicht gesprochen werden kann. Auch ist hervorzuheben, daß als vorherrschendes Investitionsmotiv noch immer die Rationalisierung und der Ersatz von Anlagen im Vordergrund steht, nur knapp ein Viertel der industriellen Investitionen dienen in erster Linie der Erweiterung der Kapazitäten.

Anlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	Anlageinvestitionen ² Ins- gesamt Aus- rüstungen	Anlageinvestitionen ³ Bauten
1960	109,2	34,1
1971	184,9	72,4
1973	191,7	72,3
1976	173,2	69,4
1977	180,1	74,7
1978	191,4	80,8
1979	207,3	88,8
		118,5
		23,6
		10,1
		13,5

1. In Preisen von 1970, d. h. real

2. In Mrd. DM

3. In % des realen BSP

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen 1978; Wirtschaft und Statistik

1.5 Außenwirtschaft

Das äußere Bild des Außenhandels der Bundesrepublik hat sich im abgelaufenen Jahr stark verändert. Zwar gehörte der Export wieder zu den konjunktuell expansiven Kräften, gleichzeitig aber hat sich der Import überproportional entwickelt, so daß der Überschuß in der Handelsbilanz fast halbiert wurde.

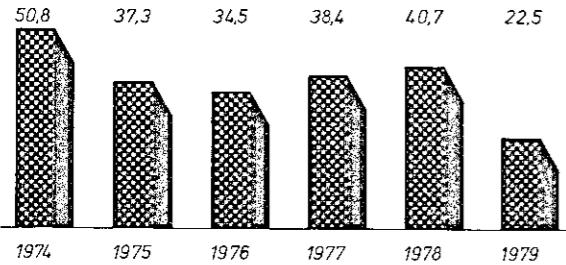
Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM	% ¹
1974	230,5	+29,3	179,7	+23,6	+50,8	+53,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	-26,6
1976	256,2	+15,6	221,6	+20,3	+34,5	- 7,5
1977	273,6	+ 6,6	235,2	+ 5,8	+38,4	+11,3
1978	284,6	+ 4,0	243,8	+ 3,7	+40,7	+ 6,0
1979	314,6	+10,5	292,2	+19,9	+22,5	-44,7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Außenhandel der BRD

Exportüberschuß in Mrd. DM



Diese Entwicklung ist vor allem den Preisveränderungen, vorwiegend denen für Rohstoffe, zu verdanken. Preisbereinigt expandierte der Export um 7,4 und der Import um 9,3 Prozent. Die Verringerung im Überschuß der Handelsbilanz signalisiert also nicht etwa eine verringerte internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik. Die Importe sind real vorwiegend deswegen stärker gestiegen als die inländische Produktion, weil aus spekulativen Gründen die Rohstoffimporte auch real überproportional, um 13 Prozent, ausgedehnt wurden. Die Verringerung des Exportüberschusses hängt also auch mit diesem Sonderfaktor zusammen.

Große Aufmerksamkeit in der Wirtschaftspresse hat die Tatsache gefunden, daß die Leistungsbilanz der BRD erstmals seit 1965 wieder „rote Zahlen“ aufweist und nach einem Überschuß 1978 in Höhe von 17,6 Milliarden nun ein Defizit von etwa 9 Milliarden DM registriert wurde. Die Leistungsbilanz enthält neben den Werten der Handelsbilanz auch Zahlungen für Dienstleistungen, die Ausgaben von Touristen, die Übertragungen von ausländischen Arbeitern und Zahlungen an internationale Organisationen. Die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz der BRD für sich ist traditionell negativ, vor allem weil von BRD-Touristen im Ausland weit mehr ausgegeben wird als von ausländischen Touristen im Inland und weil die ausländischen Arbeiter in der BRD Teile ihres Arbeitslohnes zu ihren Familien in der Heimat transferieren. Aber auch die in der Vergangenheit gewachsenen Zahlungen an internationale Gremien spielen eine Rolle. Zu einem erheblichen Teil ergibt sich der negative Saldo in der Bilanz der Dienstleistungen und Übertragungen direkt aus der starken internationalen Position der BRD: sowohl die hohen Touristenausgaben im Ausland als auch der immer noch große Umfang des Imports von Arbeitskräften (dem der „Export“ von Arbeitslöhnen in die Heimatländer entspricht) als auch der Umfang der Zahlungen an internationale Organisationen ist teils Ausdruck der starken Stellung der DM, teils sind es direkte „Kosten“ der Expansionspolitik. Daß der negative Saldo in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz 1979 größer war als der positive Saldo in der Handelsbilanz – so daß sich ein Defizit in der Leistungsbilanz ergibt –, ist dabei wesentlich Folge der erwähnten Sonderfaktoren beim Außenhandel und damit kaum von Dauer.

Als Folge der Preiserhöhungen für Rohstoffe haben sich die „Terms of

Trade“, d. h. die realen Austauschverhältnisse im Außenhandel, für die Bundesrepublik verschlechtert.

Terms of Trade¹

1976	1977	1978	1979 ²
100,0	99,1	102,7	96,8

¹ Index 1976 = 100
² 11 Monate
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/80)

Da die Importpreise rascher angestiegen sind als die Exportpreise, mußte die Bundesrepublik zur Bezahlung einer bestimmten Menge von Importgütern mehr exportieren als 1978. Dies dürfte allerdings nur eine vorübergehende Erscheinung sein, daß die Exportpreise der BRD lediglich kontinuierlicher ansteigen als die Rohstoffpreise, in der Tendenz aber keineswegs langsamer.

Immer mehr Bedeutung im Vergleich zum Außenhandel erlangt der Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen. Dabei geht der überwiegende Teil in die Industrieländer, vor allem neuerdings in die USA. Dies signalisiert eine wachsende internationale Verflechtung auf dem Gebiet der Produktion. Die Konzentration der Kapitalexporte auf die USA – im ersten Halbjahr 1979 gingen von den Direktinvestitionen in Höhe von 3,4 Milliarden fast die Hälfte, 1,5 Milliarden, in die USA – hängt vor allem mit der Veränderung der Wechselkurse zusammen.

Der Anteil der Entwicklungsländer an den Direktinvestitionen ist in den letzten Jahren in etwa gleich geblieben. Absolut sind sie allerdings ebenfalls stark angestiegen.

Direktinvestitionen der Bundesrepublik¹

	1970 Mrd. DM	% ²	1979 ¹ Mrd. DM	% ²
Industrieländer	14,9	70,6	43,9	71,4
darunter:				
EG	7,3	34,6	20,5	33,3
USA	1,8	8,5	10,1	16,4
Entwicklungs- länder	6,2	29,4	17,6	28,6
darunter:				
Erdölländer	0,1	0,5	1,6	2,6
Brasilien	1,5	7,1	4,8	7,8
Insgesamt	21,1	100,0	61,6	100,0

¹ Bestände, 1979 zum 30. Juni 1979

² Anteile am Gesamtbestand in %

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 4/80)

Wie schon oben angedeutet, wird die Außenhandelsentwicklung 1980 weniger expansiv verlaufen. Die sich abzeichnende weltweite Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den kapitalistischen Ländern ist der Hauptgrund dafür. Nach einer Zunahme des Welthandelsvolumens um etwa 7 Prozent im abgelaufenen Jahr (allerdings wird der rasch wachsende Warenaustausch zwischen den sozialistischen Ländern hierbei nicht mitgerechnet) wird für 1980 nur noch eine Zunahme um 2,5 bis 3 Prozent erwartet. Stabilisierend dürfte sich der vermehrte Importbedarf der OPEC-Länder auswirken, eine Folge der Erdölpreiserhöhungen.

Überraschend in der BRD¹

	Mil. DM
Deutsche Texaco	190
Deutsche BP	83,6
Deutsche Shell	198

¹ Nach Steuern
(Quelle: Presseberichte)

Aussagekräftiger ist ein Blick auf die Gewinne der „Konzernmütter“ selbst, vor allem handelt es sich dabei um US-Gesellschaften. Auch hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß es bei den ausgewiesenen Gewinnen nur um den Teil der Profite handelt, der durch geschickte Bewertungsmanipulationen usw. nicht mehr versteckt werden konnte.

2 Unternehmengewinne und Konzentration

2.1 Unternehmengewinne

Auch im zweiten Halbjahr 1979 sind die Unternehmengewinne weiter gestiegen, der seit Mitte 1978 anhaltende Gewinnboom hat sich – wenn auch abgeschwächt – fortgesetzt. Die Löhne und Gehälter sind weiter hinter die Gewinnentwicklung zurückgefallen.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	1978 Mrd. DM	%	1979 Mrd. DM	%
Brutto	301,3	+10,5	329,6	+ 9,4
Netto	234,7	+12,5	260,7	+11,1

¹ Ohne Staat

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 4-5/80)

Bemerkenswert ist, daß trotz der Konjunkturverlangsamung zum Jahresende die Gewinnentwicklung immer noch deutlich nach oben gerichtet ist. Für 1980 wird in den Prognosen zwar eine stärkere Beruhigung erwartet, allerdings soll sich die Verteilung nicht wieder zugunsten der Löhne und Gehälter verschieben.

Bei den großen Konzernen waren die Gewinnsprünge nach ersten, unvollständigen Berichten teilweise noch weit stärker.

Konzerngewinne

	1978 Mill. DM	1979 Mill. DM	% ³
Hoechst AG ¹	483	708	+ 46,6
Bayer AG ¹	526	689	+ 31
BASF AG ¹	480	731	+ 52,3
Siemens AG (Geschäftsjahr 78/79) ²	721	682	- 5,4
VW (9 Monate) ¹	1345	1714	+ 27,4
Porsche (Geschäftsjahr 1978/79) ²	10	22,8	+128
Thyssen-Edelstahl (1978/79) ¹	35	81	+131
MAN (1978/79) ²	67	70	+ 4,5
Gutehoffnungshütte (1978/79) ²	112	121	+ 8
RWE (1978/79) ²	314	378	+ 20,4
Veba (9 Monate) ²	114	295	+159

¹ Gewinne nach Steuern

² Jahresüberschuß, d. h. Gewinn nach Steuern

³ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Presseberichte)

Eine gewisse Ausnahme scheint Siemens zu bilden: Dies ist aber nur auf bilanztechnische Veränderungen zurückzuführen. So wurden im Geschäftsjahr 1978/79 Abschreibungen auf Wertpapiere in Höhe von 280 Millionen DM getätigt, 230 Millionen mehr als im Vorjahr. Eine besondere Rolle spielen die Ölkonzerne. Allerdings sind die Ergebnismeldungen der westdeutschen Tochterunternehmen wenig ernst zu nehmen, da die Ausweisung von Gewinnen im Rahmen der internationalen Konzerne besonders leicht manipuliert werden kann. Immerhin ist erwähnenswert, daß die westdeutschen „Töchter“ der Ölmultis für 1979 durchweg kräftige Gewinne ausweisen, während sie im Jahr davor „rote Zahlen“ geschrieben hatten.

Überraschend in der BRD¹

	Mil. DM
Deutsche Texaco	190
Deutsche BP	83,6
Deutsche Shell	198

¹ Nach Steuern

(Quelle: Presseberichte)

Aussagekräftiger ist ein Blick auf die Gewinne der „Konzernmütter“ selbst, vor allem handelt es sich dabei um US-Gesellschaften. Auch hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß es bei den ausgewiesenen Gewinnen nur um den Teil der Profite handelt, der durch geschickte Bewertungsmanipulationen usw. nicht mehr versteckt werden konnte.

Allein die US-Ölmultis – 18 Konzerne – haben 1979 einen Reingewinn von 21 Milliarden Dollar, etwa 38,5 Milliarden DM, erwirtschaftet. Das waren 9 Milliarden Dollar oder 63 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei sind die Auslandsgewinne der US-Multis besonders stark gestiegen.

Gewinne der Ölkonzerne 1979¹

Um diesen Prozeß etwas stärker in den Griff zu bekommen, hat die Bundesregierung inzwischen eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgesetzt. Die „Bagatellgrenze“, die den Aufkauf von Unternehmen bis zu 50 Millionen DM Jahresumsatz ohne Kontrolle des Bundeskartellamtes erlaubte, wurde auf 4 Millionen herabgesetzt. Der lange Vorbereitungszeitraum dieser Novelle hat es den Konzernen allerdings erlaubt, ihre Pläne vor Inkrafttreten dieser Regelung durchzuführen.

Als weitere Tendenz des Konzentrationsprozesses ist die zunehmende Orientierung auf ausländische Fusionen zu nennen. Immer mehr westdeutsche Unternehmen gliedern sich ausländische Tochtergesellschaften an, wobei die USA in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sind. Dies hat u. a. den Vorteil, daß solche Zusammenschlüsse nicht dem Kartellgesetz unterliegen. Die nationalstaatlichen Regelungen hinken hier weit hinter der Praxis der internationalen Konzentration und Zentralisation her. Bei der internationalen Zentralisation – Beispiele sind der Erwerb der US-amerikanischen Budd Company durch Thyssen oder der Aufkauf einer belgischen Firma durch „Trumpf-Schokolade“ – ist meist der Zukauf von „Umsatz“, d. h., die Verstärkung der Marktbeherrschung vorherrschendes Motiv.

Die Wirksamkeit der Kartellnovelle ist aber nicht nur wegen der internationalen „Löcher“ dieses Gesetzes anzuzweifeln. Das Bundeskartellamt mußte auch in der jüngsten Vergangenheit wieder herbe Rückschläge hinnehmen. So hatte das Amt im Jahre 1975 die Bayer AG verpflichtet, einen Teil des erworbenen Anteilstakts an der Metzeler Schaum GmbH bis 1979 wieder zu verkaufen: es sei dadurch eine marktbeherrschende Stellung der Bayer AG auf dem Markt für Schaumstoffe entstanden. Anfang 1980 wurde bekannt, daß das Amt inzwischen auf diese Auflage verzichtet hat, obwohl die marktbeherrschende Stellung noch immer existiert: Dies reiche allein nicht aus.

Ein anderer Fehlschlag war das seit 1974 laufende Preismißbrauchsverfahren gegen die Arzneifirma Hoffmann-La Roche AG. Das Bundeskartellamt hatte von der Firma die Senkung der überhöhten Preise für Librium und Valium um 35 bzw. 40 Prozent verlangt mit der Begründung, daß das gleiche Produkt auf dem niederländischen Markt wesentlich billiger sei als in der BRD. Der Bundesgerichtshof hat nun die Verfügung des Amtes aufgehoben mit der Begründung, der holländische Markt sei nicht voll vergleichbar mit dem der Bundesrepublik. Damit ist das erste Preismißbrauchsverfahren des Bundeskartellamts überhaupt nach fast sechsjähriger Dauer gescheitert.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Lohnentwicklung hat sich 1979 stark verlangsamt. Trotz der unerwartet starken Preissteigerungen insbesondere im zweiten Halbjahr ist es nur vereinzelt zu nachträglichen Lohnaufbesserungen gekommen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1975	1976	1977	1978	1979
+8,5	+5,9	+6,9	+5,6	+4,8

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/80)

Es wurden im abgelaufenen Jahr Tarifverträge für etwa 17,5 Millionen Beschäftigte abgeschlossen, die Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 4,5 Prozent erbrachten. Die Tarifabschlüsse waren damit die ungünstigsten seit 1967 und 1968. Im Jahresdurchschnitt lagen sie nur wenig über der Inflationsrate, im 2. Halbjahr sogar etwas darunter. Dies ist eine in der Geschichte der BRD neue Erscheinung.

Einschränkend ist allerdings anzumerken, daß die Effektivlöhne deutlich rascher gestiegen sind als die Tariflöhne, vor allem eine Folge von weniger Kurzarbeit und zusätzlichen Überstunden. Die Lohndrift, d. h. die Differenz zwischen dem Anstieg der Tarifeinkommen und der Effektiveinkommen, liegt im Jahresdurchschnitt bei etwa einem Prozent.

Allerdings hat die vergleichsweise deutliche Zunahme der Beschäftig-

tenzahlen dazu geführt, daß die Summe der Arbeitseinkommen nicht langsamer angestiegen ist als im Vorjahr.

Löhne und Gehälter 1979

	1978	1979	1978	1979
	Mrd. DM	% ²	Mrd. DM	% ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	581,7	+6,3	623,9	+7,3
Sozialbeiträge	78,2	+6,6	84,1	+7,5
Lohnsteuer	92,4	+1,6	97,4	+5,4
Nettolohn- und -gehaltssumme	411,1	+7,4	442,4	+7,6
Je Beschäftigten (DM)	19047	+6,2	20145	+5,7
Inflationsrate ¹	–	+2,6	–	+4,4
Realeinkommen je Beschäftigten	–	+3,6	–	+1,3

¹ Auf Preisbasis 1970, Lebenshaltung aller Haushalte

² In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: DIW-Wochenbericht 4-5/80)

Die Reallöhne – verstanden als Nettoeinkommen je abhängig Beschäftigten, bereinigt um die Inflationsrate – sind bedeutend langsamer gestiegen als im Vorjahr. Trotzdem ergibt sich im Durchschnitt des Gesamtjahres noch eine leichte Zunahme. Dies ist sowohl eine Folge der erweiterten Überstunden als auch der 1977 und 1978 beschlossenen Steuererleichterungen bei den Einkommensteuern. In der zweiten Jahreshälfte dürfte es allerdings zu keinem Reallohnzuwachs im Vergleich zum Vorjahr mehr gekommen sein: Dem Anstieg der Nettoarbeitslöhne je Beschäftigten um etwa 5,5 Prozent entsprach eine Inflationsrate von durchschnittlich 5,4 Prozent. Hierbei ist noch der Lebenshaltungsindex auf Basis 1970 zugrunde gelegt, in den letzten Monaten wurde er auf Basis 1976 umgestellt (vgl. dazu weiter unten).

Das Jahr 1978 mit seinem relativ starken Anstieg der Reallöhne ist damit ein Sonderfall geblieben, zu verdanken insbesondere dem ansteigenden DM-Kurs, der die Importe stark verbilligt hatte.

Reallöhne und Arbeitsproduktivität¹

Reallohn ²	Arbeitsproduktivität ³		Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme
	Reallohn ²	Gesamtwirtschaft			
1974	+2,6	+2,4	+2,9		
1975	+1,2	+1,6	+1,1		
1976	-0,3	+6,1	+8,2		
1977	+1,8	+2,9	+3,2		
1978	+3,6	+2,5	+2,2		
1979	+1,3	+3,1	+5,0 ⁵		

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Nettoarbeitslöhne je Abhängigen, bereinigt um die Inflation

³ Produktion je Erwerbstägigen

⁴ Warenproduzierendes Gewerbe

⁵ Vorläufige Ziffer

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/80; Wirtschaft und Statistik, Ifd.; eigene Berechnungen)

Für das laufende Jahr ist eine nochmalige Verlangsamung der Reallohnentwicklung zu erwarten, wenn man die bisher bekannt gewordenen Lohnabschlüsse in der Metallindustrie zugrunde legt. Bei Lohnhöhungen von knapp 7 Prozent steigen die Nettolöhne um weniger als 6 Prozent. Die Inflationsrate liegt zum Jahresanfang – schaltet man einen Sondereinfluß im Januar aus – bei etwa 5,5 Prozent, so daß sich annähernd eine Stagnation ergibt.

Die verlangsamte Entwicklung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich in Verbindung mit der ebenfalls real kaum noch gestiegenen Kaufkraft der Renten und Sozialeinkommen negativ auf den privaten Verbrauch ausgewirkt. Dies spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze wider.

Einzelhandelsumsätze¹

	nominal	real
1974	+5,5	-1,7
1975	+9,0	+3,4
1976	+7,1	+3,5
1977	+7,2	+3,3
1978	+5,2	+2,7
1979 ²	+6,4	+2,2

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² 10 Monate

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/80)

Im zweiten Halbjahr 1979 wurde nur noch ein geringfügiger Zuwachs erzielt.

Einen realen Einkommensrückgang verzeichneten die Bauern im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1978/79. In den Vollerwerbsbetrieben stieg das Reineinkommen je Familienarbeitskraft nur noch um 2,9 Prozent auf 24 780 DM im Durchschnitt. Das Durchschnittseinkommen ist allerdings gerade in der Landwirtschaft wenig aussagekräftig, im „unteren“ Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe werden Durchschnittseinkommen von 9243 DM im Jahr erzielt, im „oberen“ Viertel waren es 58120 DM.

3.3 Steuern

Die Steuereinnahmen des Staates sind 1979 rascher gewachsen als im Vorjahr, allerdings immer noch langsamer als das Bruttosozialprodukt, so daß die „Steuerquote“, d. h. der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, erneut leicht rückgängig war.

Steuereinnahmen des Staates¹

	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Insgesamt	331,3	+ 5,6	356,1	+ 7,5	381,5	+ 7,0
darunter:						
Lohnsteuer	92,0	+ 1,4	97,1	+ 5,5	109,5	+ 13,0
Umsatzsteuern ²	73,3	+16,9	84,2	+14,9	94,5	+12,0
Veranlagte						
Einkommensteuer	37,4	+ 5,4	37,5	+ 0,3	38,0	+ 1,5
Gewerbesteuer	24,0	+ 4,2	25,8	+ 7,5	26,5	+ 2,0
Mineralölsteuer	20,5	+ 6,7	21,1	+ 3,3	22,0	+ 3,0
Körperschaftsteuer	19,8	+17,8	22,9	+15,6	25,0	+ 9,0
Vermögensteuer	4,5	- 9,4	4,5	- 0,9	4,0	- 6,5

¹ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

² Vor allem Mehrwertsteuer

³ Schätzung des DIW

(Quelle: DIW-Wochenbericht 4-5/80)

3.2 Einkommensverteilung

Der Prozeß der seit der Krise 1974/1975 anhaltenden „Rückverteilung“ zugunsten der Unternehmergevinne hat sich auch 1979 fortgesetzt. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, die so genannte Lohnquote ist weiter zurückgegangen und hat den Stand von 1973 unterschritten. In der folgenden Tabelle wird die in den vorangegangenen „Informationen“ aufgestellte Verteilungsrechnung fortgesetzt (vgl. Nr. 1/79 und 2/78).

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	Nettolohn- und -gehaltssumme
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1950	58,4	58,4
1960	60,4	

Ausgewählte Preisindizes¹

Lebens- haltung	Industrie- preise	Landwirt- schaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandels- preise	Import- preise
1970	+3,4	+ 4,9	- 7,7	+3,5
1971	+5,3	+ 4,3	+ 3,9	+4,9
1972	+5,5	+ 2,6	+10,1	+4,7
1973	+6,9	+ 6,6	+ 6,3	+6,5
1974	+7,0	+13,4	- 3,3	+7,3
1975	+6,0	+ 4,7	+13,3	+5,4
1976	+4,5	+ 3,9	+11,9	+3,5
1977	+3,9	+ 2,6	- 4,5	+3,8
1978	+2,6	+ 1,2	- 5,4	+2,4
1979	+4,4	+ 5,0	+ 2,1	+4,3

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, Basis 1970

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Diese Aufschwungtendenz hielt bis in die Gegenwart hinein an, wobei die Umstellung des Preisindex der Lebenshaltung und des Preisindex der Einzelhandelspreise Ende 1979 einen Vergleich erschwert. In der Tabelle oben sind die Angaben daher noch nach dem alten Index auf Basis 1970 zusammengefaßt. Der Zweck der Umstellung hängt mit der veränderten Verbrauchstruktur zusammen (vgl. „Informationen...“ 4/79). Entgegen den Erwartungen entwickelt sich der neuberechnete Index auf Basis 1976, der allerdings vorläufig erst für die Verbraucherpreise und die Einzelhandelspreise gilt, deutlich langsamer als der alte. In der folgenden Tabelle werden die beiden Indices gegenübergestellt, um einen Vergleich zu ermöglichen.

Preisindizes der Lebenshaltung¹

	Basis 1970	Basis 1976
1977	+3,9	+3,7
1978	+2,6	+2,7
1979	+4,4	+4,1

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, alle Haushalte

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Im folgenden wird mit den Verbraucherpreisindizes auf Basis 1976 gearbeitet, obwohl anzumerken ist, daß das Jahr 1976 als Indexjahr wenig geeignet ist. Insbesondere der rasche Anstieg der Energiepreise in der Gegenwart wird unterzeichnet, da der für diesen Zweck aufzuwendende Teil des Einkommens seither stark angestiegen ist.

Lebenshaltungsindex 1979/80¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Vorjahr
Juli	+0,6	+4,5
August	+0,1	+4,7
September	+0,3	+5,1
Oktober	+0,3	+5,3
November	+0,4	+5,3
Dezember	+0,4	+5,4
Januar	+0,5	+5,0

1 Basis 1976, alle Haushalte (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Die „Inflationsrate“ für Januar 1980 ist durch einen statistischen „Trick“ um etwa 0,5 Prozent gesenkt worden: Im Januar hat die Bundespost für das letzte Halbjahr 1979 jedem Telefonbesitzer 30,- DM zurückvergütet. Diese Rückvergütung wurde behandelt wie eine Preissenkung der Grundgebühren im Januar um 96 Prozent. Schaltet man diesen künstlichen Effekt aus, dann ergibt sich für Januar 1980 eine Preissteigerungsrate von 5,6 Prozent, also eine weitere Beschleunigung.

Der Index der Einzelhandelspreise, der sich in etwa parallel zu den Lebenshaltungskosten entwickelt, machte im Januar gegenüber Dezember einen Sprung um 1,1 Prozent nach oben und lag um 5,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in der zweiten Januarhälfte verfügbaren Bezinpreiserhöhungen darin noch nicht mitberechnet sind.

Die Versuche, die gegenwärtige Preisentwicklung mit den gestiegenen Rohölpreisen zu begründen, sind in der Öffentlichkeit nicht ohne Resonanz geblieben. Vor allem den Gewerkschaften wurde entgegengehalten: der in Form höherer Rohölpreise ans Ausland abzuführende Teil des Sozialprodukts könne nicht noch einmal im Inland verteilt werden, der ölpriestbedingte Preisanstieg dürfe bei den Lohnverhandlun-

gen also nicht berücksichtigt werden. Dabei wird stillschweigend die Erhöhung der inländischen Preise für Mineralölprodukte als alleinige Folge der Preiserhöhungen für Rohöl hingestellt. Daß dies in keiner Weise den Tatsachen entspricht, zeigt ein Vergleich der Entwicklung der Rohölkosten in DM mit den Preisen für leichtes Heizöl und Benzin, den Hauptprodukten des Rohöls.

Preise für Rohöl, Heizöl und Benzin

	Preis in Dollar je barrel Rohöl ¹	Preis in Pfennig je Liter Rohöl	Preis in Pfennig je Liter Heizöl ²	Preis in Pfennig je Liter Benzin ³
1970	1,80	4,0	16,0	56
1971	2,48	5,5	18,0	59
1972	2,59	5,0	17,0	61
1973	5,12	8,5	23,0	69
1974	11,65	19,0	30,0	83
1975	11,25	17,5	29,0	83
1976	12,38	19,5	32,0	89
1977	12,70	18,5	31,5	87
1978	12,70	16,0	31,0	89
1979 ⁴	18,00	20,5	59,0	103
1980 ⁵	26,00	28,0	64,5	110

1 Ein barrel = 159 Liter, Qualität „arabian light“, Preise von Saudi-Arabien

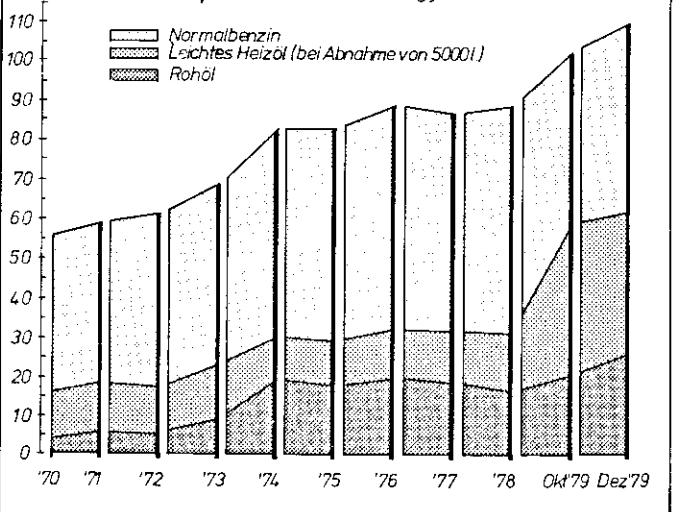
2 Bei Abnahme von 5000 Litern

3 Normalbenzin, Selbstbedienung

4 Oktober 1979

5 Januar/Februar 1980

(Quellen: Statistisches Bundesamt, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, Fachserie 17, Reihe 7; „Le Monde“ v. 25. 12. 1979; Presseberichte; eigene Berechnungen)

Benzin u. Heizölpreise gegenüber
Rohölpreisen (in Pfennig je Liter)

Die Rohölpreise in Dollar haben sich – geht man von Saudi-Arabien aus, wo etwa ein Drittel des OPEC-Ols gefördert wird – seit 1970 fast verfünfzehnfacht. Die Tatsache, daß die Preise anderer Länder absolut zum Teil höher sind als 26 Dollar ist auf die unterschiedliche Qualität zurückzuführen, ist also für die Entwicklungstendenz ohne Bedeutung. Berücksichtigt man, daß der Dollarkurs von 3,65 DM 1970 auf 1,73 DM im Januar 1980 gefallen ist, so ergibt sich für die BRD seit 1970 „nur“ eine Versiebenfachung des Importpreises. Der Liter Rohöl kostet den Importeur heute also etwa 24 Pfennig mehr als 1970. Er kassiert aber je Liter Heizöl gut 48 Pfennig mehr und je Liter Benzin 54 Pfennig mehr. Weniger als die Hälfte der Preiserhöhung seit 1970 kann also mit den gestiegenen Rohölkosten begründet werden. Vor allem fällt die Tatsache ins Auge, daß noch im Oktober 1979 der Rohölpreis für den BRD-Importeur kaum höher war als 1976, der Heizölpreis aber 27 Pfennig und der Benzinpreis 11 Pfennig höher. Erst die allerletzten Preiserhöhungen vom November 1979 und Januar 1980 haben das Niveau auch für den westdeutschen Importeur gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht. Auch die Ölabbnehmer aus den Reihen der Industrie, vor allem in der Chemischen Industrie, haben die Ölpreiserhöhungen als von der Kostenseite her ungerechtfertigt kritisiert. Hier regt sich aber kaum eine Stimme der Kritik, wenn die Weiterverarbeiter ihre erhöhten Kosten über den Preis für ihre Produkte überwälzen. Wenn die Lohnabhängigen aber versuchen ihre erhöhten Lebenshaltungskosten über den Preis ihrer „Ware“, der „Ware Arbeitskraft“, von sich abzuwälzen, dann gilt dieser Versuch als inflationstreibend.

Der Index der Einzelhandelspreise, der sich in etwa parallel zu den Lebenshaltungskosten entwickelt, machte im Januar gegenüber Dezember einen Sprung um 1,1 Prozent nach oben und lag um 5,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in der zweiten Januarhälfte verfügbaren Bezinpreiserhöhungen darin noch nicht mitberechnet sind.

Die Versuche, die gegenwärtige Preisentwicklung mit den gestiegenen Rohölpreisen zu begründen, sind in der Öffentlichkeit nicht ohne Resonanz geblieben. Vor allem den Gewerkschaften wurde entgegengehalten: der in Form höherer Rohölpreise ans Ausland abzuführende Teil des Sozialprodukts könne nicht noch einmal im Inland verteilt werden, der ölpriestbedingte Preisanstieg dürfe bei den Lohnverhandlun-

3.5 Kämpfe der Arbeiterklasse

Im letzten Quartal des Jahres 1979 und in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres ist es in den Lohn- und Manteltarifauseinandersetzungen zu keinem regulären Streik gekommen. Allerdings haben sich die Tarifauseinandersetzungen in einzelnen Branchen bis hin zu Warnstreiks und Streikabstimmungen zugespielt.

Am 9. Oktober 1979 legten etwa 100 Beschäftigte der Münchner Löwenbräu aus Protest gegen die unnachgiebige Unternehmerhaltung für 1 Stunde die Arbeit nieder. Ebenfalls in München führten am 23. Oktober 400 Beschäftigte der Paulaner- und der Augustinerbrauerei wegen dem „Miniergebot der Unternehmer“ von 4,3 v. H. einen einstündigen Warnstreik durch. Nach dem in der Nacht zum 24. Oktober zustandegekommenen Schiedsspruch führten 120 Brauereiarbeiter der Hasen- und der Bürgerbrauerei am Mittwoch in Augsburg einstündige Warnstreiks durch.

Bereits in der letzten Ausgabe der „Informationen“ berichteten wir über die Tarifauseinandersetzung im Tischlerhandwerk von Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Nach der zweiten Streikabstimmung, 95 v. H. der Kollegen waren kampfbereit, kam es zu Abschlüssen von 6,6 v. H. und 6,9 v. H. Im Tischlerhandwerk in NRW konnte zum ersten Mal im Jahr 1979 die Sieben-Prozent-Marke überschritten werden. Die Ecklohnernahme beträgt hier 7 v. H. für zehn Monate (gültig vom 1. Dezember 1979 bis 30. September 1980), wobei für die Monate Oktober und November eine Pauschale von insgesamt 170,- DM für Facharbeiter und Angestellte, 160,- DM für Angelernte und 150,- DM für Ungelernte durchgesetzt wurden.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft führte in den Bundesländern Hessen, Niedersachsen und der Hansestadt Hamburg am 13. November 1979 zweistündige Warnstreiks für die Einstellung arbeitsloser Lehrer, die volle Beschäftigung der teilzeitbeschäftigen Lehrer und die Verkürzung der Arbeitszeit durch. Bereits am 8. November hatten sich 81,2 v. H. der 11 000 Lehrerkollegen in Hamburg für den Streik entschieden. Dem Streikaufruf folgten am 13. November in Hessen 5700, in Hamburg 5000 und in Niedersachsen 3700 Lehrer. Im CDU-regierten Niedersachsen wurden sechs aktive GEW-Mitglieder wegen „Vorbereitung von Warnstreiks“ vom Dienst suspendiert. Aufgrund der breiten gewerkschaftlichen Solidarität mußte diese Maßnahme von der Landesregierung zurückgenommen werden.

Am 15. November organisierte die GEW in Celle anlässlich der am gleichen Ort stattfindenden Tagung der Ministerpräsidenten eine Demonstration für die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer und für Arbeitszeitverkürzungen mit ca. 12000 Teilnehmern.

Bei der „Deutschen Welle“ in Köln führten 250 Beschäftigte einen Warnstreik von 45 Minuten durch, weil sich der Intendant Walter Steigner (SPD) weigerte, den zwischen der ARD und der RFFU im Mai 1979 ausgehandelten Manteltarifvertrag zu übernehmen.

Gegen die Zerschlagung des NDR durch die CDU-Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg führten die Beschäftigten beim NDR mehrere Aktionen durch. Am 6. November demonstrierten ca. 1000 Beschäftigte des NDR gegen den geplanten Staats- und Kommerzrundfunk. Eine entsprechende Unterschriftensammlung wurde von 250 000 Bürgern unterzeichnet. Der von der RFFU für den 19. Dezember festgelegte zweistündige Fernsehwarnstreik wurde in letzter Minute gerichtetlich untersagt. Daraufhin demonstrierten in Hamburg und Hannover jeweils ca. 1000 Beschäftigte des NDR mit anderen Bürgern in Fackelzügen gegen die Zerschlagung der Dreiländeranstalt.

Auch in der optischen Industrie in Bayern kam es am 26. November 1979 bei der Firma „Winter-Optik“ zu einem viertelstündigen Warnstreik, an dem sich ca. 100 Beschäftigte beteiligten. Unmittelbarer Anlaß war das „provokatorisch niedrige Unternehmerangebot“ der Kunststoffverarbeitenden Industrie. Aus dem gleichen Grund führten 160 Vertrauensleute und Betriebsräte der IG CPK in Nürnberg eine Protestveranstaltung durch.

Ende November 1979 kam es in der aus 13 Betrieben mit insgesamt 11 000 Beschäftigten bestehenden Kolbenfabrik Mahle in Stuttgart zu mehreren Warnstreiks, um die Forderung nach einem Teuerungsaus-

gleich (Ford.: 500,- DM) durchzusetzen. Das Unternehmen gewährte daraufhin 300,- DM als „freiwillige“ einmalige Zahlung.

In der Metallindustrie kam es im Januar und Februar 1980 zu einer Warnstreikbewegung, die sich mit einer Ausnahme ausschließlich auf den Tarifbezirk Stuttgart konzentrierte. Die Ausnahme bildete die Aktion der „Opelarner“ in Rüsselsheim/Hessen. Insgesamt beteiligten sich mehr als 70 000 Arbeiter und Angestellte an den Warnstreiks.

